



Antrag auf Wechsel des antragstellenden Unternehmens

im Rahmen der Beantragung einer Förderung für Maschinen und Geräte zur Stärkung der natürlichen Bodenfunktionen in Agrarlandschaften im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz

Bitte Daten elektronisch ausfüllen, nicht handschriftlich (außer Unterschriften).

Angaben des bisherigen Antragstellenden

Name des Unternehmens/Bezeichnung im Rechtsverkehr:

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Ort:

Ich/wir beantragen Änderungen¹ für folgende Geschäfte:

Angaben des neuen Antragstellenden

Name des Unternehmens/Bezeichnung im Rechtsverkehr:

Ggf. Gesellschafter/Gesellschafterinnen, Inhaber/Inhaberinnen (bei Personen- oder Kapitalgesellschaften: Gesellschaftsvertrag und Auszug, der die o. g. Angaben bestätigt, als Anlage beifügen):

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Ort:

¹ Sollte ein Endkreditnehmerwechsel im Rahmen eines ANK-Darlehens zusätzlich notwendig sein, nehmen Sie bitte Kontakt zu Ihrer Hausbank auf.

Unternehmensart, bspw. Primärproduzent/Primärproduzenten, Lohnunternehmen etc.:

Rechtsform des Unternehmens:

ZID (bei landwirtschaftlichen Unternehmen, 13-stellig):

oder

Register:

Amtsgericht:

Registernummer:

Wirtschafts-ID (wenn vorhanden, DE + 9-stellig):

Steuernummer des Unternehmens (13-stellig):

Zuständiges Finanzamt:

Angaben der zeichnungsberechtigten Person

Bitte geben Sie uns hier die persönlichen **Daten der neuen zeichnungsberechtigten Person an inkl. einer E-Mail-Adresse**, über die der zukünftige Portalzugriff sowie die Identifikation im Nachgang der Unternehmensänderung erfolgen sollen. Sie erhalten dann eine entsprechende Aufforderung per E-Mail.

Name, Vorname:

Geburtsdatum:

Straße, Hausnummer:

Postleitzahl, Ort:

E-Mail*:

Telefon*:

* ohne Angabe einer gültigen E-Mail-Adresse und Telefonnummer ist eine Bearbeitung dieses Antrags nicht möglich.

Haupttätigkeit

Hintergrund dieser Abfrage ist die aufgrund der Mitteilungsverordnung bestehende gesetzliche Verpflichtung der Rentenbank, Zahlungen an Zahlungsempfänger, die nicht im Rahmen einer land- und forstwirtschaftlichen, gewerblichen oder freiberuflichen Haupttätigkeit gehandelt haben und Zahlungen, die nicht auf das Geschäftskonto des Zahlungsempfängers erfolgen, dem zuständigen Finanzamt mitzuteilen. Diese Mitteilungspflicht betrifft insbesondere Zahlungen, die an Privatpersonen/Nichtunternehmer (bzw. an Unternehmer, die nicht im Rahmen ihres Unternehmens handeln oder die Zahlung nicht auf ihr Geschäftskonto vereinnahmt haben) geleistet werden, sowie Zahlungen für ehrenamtliche und nebenberufliche Tätigkeiten. Die Rentenbank ist zur Mitteilung auch solcher Zahlungen verpflichtet, wenn zweifelhaft ist, ob der Zahlungsempfänger im Rahmen der Haupttätigkeit gehandelt hat oder die Zahlung auf das Geschäftskonto erfolgt ist. Der Gesetzgeber will mit dieser Mitteilungspflicht sicherstellen, dass auch Zahlungen im nichtunternehmerischen Bereich steuerlich erfasst werden (siehe dazu das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen zur Anwendung der Mitteilungsverordnung vom 12.12.2024, DOK: 2024/1102547 und das zu dessen Änderung erlassene Schreiben des BMF vom 07.07.2025, DOK: COO.7005.100.4.12436295).

- Ich stelle den Antrag im Rahmen meiner Haupttätigkeit
- Ich stelle den Antrag nicht im Rahmen meiner Haupttätigkeit

Wir bitten um Verständnis, dass die Rentenbank Ihnen keine Auskunft dazu erteilen kann, ob Sie den Antrag im Rahmen einer Haupttätigkeit stellen und die Voraussetzungen der Mitteilungspflicht in Ihrem Fall erfüllt sind. Bitte wenden Sie sich im Zweifel an Ihre Steuerberatung.

Kontodaten

Kontoinhaber/Kontoinhaberin:

IBAN:

Geschäftskonto:

- Die angegebene IBAN ist das Geschäftskonto des antragstellenden Unternehmens.
- Die angegebene IBAN ist nicht das Geschäftskonto des antragstellenden Unternehmens.

Das Geschäftskonto bezeichnet eine Kontoart, die ausschließlich von Unternehmen und Selbstständigen für geschäftliche Zwecke genutzt wird. Der Zahlungsverkehr des Unternehmens wird über das Geschäftskonto und nicht das Privatkonto getätigter.

Begründung für den Wechsel

- Hofübergabe (erfordert Einreichung des Hofübergabevertrages)
- Gesellschaftsgründung als Rechtsnachfolge (erfordert Einreichung des neuen Gesellschaftsvertrages)
- Gründung einer Maschinengemeinschaft (erfordert Einreichung des neuen Gesellschaftsvertrages)
- Auflösung der Gesellschaft (erfordert Einreichung des Auflösungsvertrages)
- Sonstiges/Erläuterungen:

Eigenerklärung des neuen Antragstellenden

(Hinweis: Es sind alle Eigenerklärungen zu bestätigen.)

- Ich erfülle/Wir erfüllen die KMU-Kriterien. KMU sind Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen EUR oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen EUR. Die genauen KMU-Kriterien finden Sie in unserem Merkblatt KMU. Unter Berücksichtigung aller mit mir/uns verbundenen Unternehmen und Partnerunternehmen erkläre ich/erklären wir die Richtigkeit der folgenden Angaben:

Jahresumsatz:	Bilanzsumme:	Anzahl Mitarbeiter:
---------------	--------------	---------------------

- Ich erkläre/Wir erklären zu Zuwendungsvoraussetzungen und sonstigen Bestimmungen der Förderrichtlinie das Folgende:

Mir/Uns sind die Richtlinie des BMUKN zur „Investitionsförderung von Maschinen und Geräten zur Stärkung der natürlichen Bodenfunktionen in Agrarlandschaften im Rahmen des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ sowie die dazugehörigen Rechtsgrundlagen bekannt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Rentenbank aufgrund ihres pflichtgemäßem Ermessens im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel entscheidet, und ich/wir dadurch keinen Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendung habe/haben.

Ich habe/Wir haben mit der Maßnahme noch nicht begonnen (als Maßnahmenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten). Über mein/unser Vermögen ist kein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden.

Ich habe/Wir haben innerhalb der letzten zwei Jahre keine eidesstattliche Versicherung nach § 802c Abs. 3 Zivilprozessordnung oder § 284 Abs. 3 Abgabenordnung abgegeben und ich wurde/ wir wurden innerhalb der letzten zwei Jahre nicht zur Abgabe der Vermögensauskunft durch einen Gerichtsvollzieher aufgefordert. Hinweis: Gemeint ist hier die Vermögensauskunft im Rahmen eines Zwangsvollstreckungsverfahrens.

Ich/Wir bestätige/n, die berufliche Fähigkeit für eine ordnungsgemäße Führung des Betriebes gemäß dem Merkblatt zur Richtlinie des Bundes zu haben. Mir/Uns ist bekannt, dass bei juristischen Personen und Personengesellschaften mindestens ein Mitglied der Unternehmensleitung diese Voraussetzung erfüllen muss.

Ich/wir bestätige/n, für alle beantragten Fördergegenstände ab einem Auftragswert von über 1.000 Euro (netto) einen Angebotsvergleich durchgeführt und dies in meinen/unseren Akten entsprechend dokumentiert zu haben.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass Vertreter der Rentenbank und von ihr beauftragte Dritte oder der Bundesrechnungshof berechtigt sind, sich vor Ort über das Vorhaben zu informieren; diesen Vertretern sind jederzeit auf Verlangen erforderliche Auskünfte zu erteilen, Einsicht in Bücher und Unterlagen zu gewähren sowie Prüfungen zu gestatten.

- Beihilferechtliche Erklärungen

Mir/uns ist bewusst, dass es sich bei der von mir/uns beantragten Zuwendung um eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) handelt. Ich habe/wir haben für dieses Vorhaben keine weiteren Beihilfen beantragt und/oder erhalten. Mir/uns ist bewusst, dass es nicht zulässig ist, für eine bereits in einem anderen Förderprogramm positiv beschiedene Fördermaßnahme eine Förderung im Rahmen der "Richtlinie zur Investitionsförderung von Maschinen und Geräten zur Stärkung der natürlichen Bodenfunktionen in Agrarlandschaften" zu beantragen. Ich/wir bestätige/n, dass ich/wir für die beantragten Fördermaßnahmen keinen positiven Bescheid aus anderen Förderprogrammen erhalten habe/n und, dass ich/wir keine Förderung aus einem anderen Förderprogramm für die hier beantragte Fördermaßnahme beantragen werde/werden.

Darüber hinaus bestätige/n ich/wir folgendes: Der Bund, die Länder oder andere Institutionen der öffentlichen Hand halten keine Kapitalbeteiligung in Höhe von mehr als 25% des Eigenkapitals meines/unseres Unternehmens. Mein/unser Unternehmen ist kein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des EU-Beihilfenrechts (siehe hierzu Merkblatt der Rentenbank unter www.rentenbank.de). Gegen mein/unser Unternehmen wurde keine Rückforderung von Beihilfen auf Grund eines Beschlusses der EU-Kommission zur Unzulässigkeit einer Beihilfe angeordnet, der mein/unser Unternehmen nicht nachgekommen ist. Die Durchführung der Investitionsmaßnahmen beruht nicht auf gesetzlichen Verpflichtungen oder behördlichen Anordnungen. Mir/Uns ist bekannt, dass Einzelbeihilfen, die bestimmte Beträge überschreiten, nach den Vorgaben des Europäischen Rechts aus Gründen der Transparenz auf einer Internetseite zu staatlichen Beihilfen veröffentlicht werden. Bei Einzelbeihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) der landwirtschaftlichen Primärproduktion sowie an Zusammenschlüsse von KMU der landwirtschaftlichen Primärproduktion erfolgt diese Veröffentlichung, sofern der Betrag von 10.000 Euro überschritten wird. Bei Einzelbeihilfen an landwirtschaftliche Lohn- und Dienstleistungsunternehmen, gewerbliche Maschinenringe sowie anerkannte Naturschutzvereinigungen erfolgt eine Veröffentlichung, sofern der Betrag von 100.000 Euro überschritten wird.

Erklärungen über subventionserhebliche Tatsachen

Mir/Uns ist bekannt, dass alle Angaben dieses Antrags, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind (dazu gehören sämtliche Angaben zu Rechtsverhältnissen des Antragstellenden, zum Fördergegenstand, zum Kosten- und Finanzierungsplan, zum VerwendungsNachweis, sämtliche im Antrag abgefragten Eigenerklärungen und sich aus dem Zuwendungsbescheid ergebende Mitteilungspflichten), subventionserheblich sind im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 3 des Subventionsgesetzes und dass Subventionsbetrug nach § 264 StGB in Verbindung mit §§ 2,4 Subventionsgesetz strafbar ist. Falsche Angaben hierzu oder eine Verwendung der Zuwendung entgegen dem Zuwendungszweck sind nach diesen Vorschriften daher strafbar. Auch Scheingeschäfte, Scheinhandlungen und der Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten können zu einer Strafverfolgung nach o.g. Vorschriften führen. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, der Rentenbank mögliche Änderungen bei subventionserheblichen Tatsachen unverzüglich mitzuteilen.

Alle Tatsachen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für Rückforderung bzw. Widerruf der Zuwendung erheblich sind, werde ich/werden wir unverzüglich schriftlich mitteilen.

Evaluation

Mir/Uns ist bekannt, dass ich verpflichtet bin, an der Erfolgskontrolle und Evaluation mitzuwirken und habe Kenntnis darüber, dass in diesem Zusammenhang getätigte Angaben (auch personenbezogene wie Name, Anschrift) von der Rentenbank an das BMUKN oder andere mit der Evaluation beauftragte Institutionen übermittelt werden können.

Zweckentsprechende Nutzung (nur relevant bei landw.)

Primärproduzenten/Primärproduzentinnen)

Ich/wir bestätige/n, dass ich/wir die beantragte Maschine/Anlage während der Dauer der Zweckbindung ausschließlich innerbetrieblich einsetze/n. Mir/uns ist bewusst, dass ein überbetrieblicher Einsatz höchstens in Form von nicht planmäßig/systematisch angelegter und unentgeltlicher Nachbarschaftshilfe zulässig ist. Ich/wir bestätige/n, dass die Geschäftstätigkeit des antragstellenden Unternehmens in der Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse besteht.

Zweckentsprechende Nutzung (nur relevant bei Zusammenschlüssen landw.)

Primärproduzenten/Produzentinnen)

Ich/wir bestätige/n, dass der Zusammenschluss ausschließlich aus landwirtschaftlichen Primärproduzenten/Primärproduzentinnen besteht und der Zusammenschluss ausschließlich Tätigkeiten für die landwirtschaftlichen Gesellschafter ausgeübt. Eine entgeltliche überbetriebliche Dienstleistung für Dritte findet im Rahmen der Gesellschaft nicht statt. Mir/uns ist bewusst, dass ein überbetrieblicher Einsatz höchstens in Form von nicht planmäßig/systematisch angelegter und unentgeltlicher Nachbarschaftshilfe zulässig ist.

Einhaltung von Sanktionsregelungen

Ich/wir erkläre/n, dass ich/wir auf keiner Sanktionsliste der EU und/oder der Vereinten Nationen aufgeführt bin/sind. Ich/Wir erkläre/n, dass meine/unsere Einrichtung gemäß § 8a (1) HG 2024 keine terroristische Vereinigung ist und keine terroristischen Vereinigungen unterstützt sowie im Falle einer Bewilligung die gewährte Zuwendung nicht zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten eingesetzt wird. Ich/wir erkläre/n, dass aus dem Zuschuss der Landwirtschaftlichen Rentenbank keine finanziellen Mittel direkt oder indirekt Dritten zur Verfügung gestellt werden, die auf einer Sanktionsliste der EU und/oder der Vereinten Nationen aufgeführt sind.

Zeichnungsberechtigte Person

Ich bestätige, dass ich für das antragstellende Unternehmen allein zeichnungsberechtigt bin. Sofern notwendig habe ich mir von den anderen zeichnungsberechtigten Personen eine entsprechende Vollmacht eingeholt, die ich auf Verlangen der Rentenbank jederzeit vorzeigen kann.

Ersatzinvestition (nur relevant bei Lohn- und Dienstleistungsunternehmen/ landwirtschaftlichen Maschinenringen)

Mir ist bekannt, dass es sich bei der Beschaffung des beantragten Fördergegenstands nicht um eine Ersatzinvestition gemäß Ziffer 5.2 der Richtlinie handeln darf. Sofern meine Investition als Ersatz für ein bestehendes Gerät dient, ist mir bekannt, dass dies nur zulässig ist, wenn die Nutzung des beantragten Fördergegenstandes eine Verbesserung in ökologischer Hinsicht (Klima-/Biodiversitätsschutz) im Vergleich zur Nutzung des ersetzen Geräts darstellt. Dies gilt auch, wenn das bestehende Gerät defekt ist oder bereits so lange genutzt wird, dass es ohnehin in absehbarer Zeit ausgetauscht werden muss.

Datum, Unterschrift des **neuen** Antragstellenden bzw. zeichnungsberechtigte Person

Ich/Wir erteile/n mein/unser Einverständnis, dass das zu übertragende Unternehmen nach Vollzug der Unternehmensänderungen inkl. der hinterlegten Nutzer (sofern keine vollständige Unternehmensänderung unter gleichem Namen) im Portal der Rentenbank gelöscht wird.

Datum, Unterschrift des **ursprünglichen** Antragstellenden

Hinweis: Im Zuge einer Unternehmensänderung erhält das neue antragstellende Unternehmen die vollständigen Antragsinformationen des ursprünglichen Antragstellenden.

Datenschutzerklärung

Ich nehme zur Kenntnis, dass meine Daten im Rahmen der Antragstellung von der Landwirtschaftlichen Rentenbank verarbeitet werden. Die Datenschutzhinweise zu den Förderprodukten der Landwirtschaftlichen Rentenbank habe ich zur Kenntnis genommen. Diese sind abrufbar unter:



<https://www.rentenbank.de/dokumente/datenschutzhinweise-foerderprodukte.pdf>

Ort, Datum, Unterschrift des **neuen** Antragstellenden bzw. der zeichnungsberechtigten Person